

# PRESSEERKLÄRUNG

Göttingen / Berlin, den 28. Mai 2004



## 4. Juni: Vor 15 Jahren Tiananmen-Massaker in Peking

### **Blutbad darf nicht länger tabuisiert werden Bundeskanzler Augenschere vorgeworfen**

Anlässlich des 15. Jahrestages des Massakers der chinesischen Volksbefreiungsarmee an Hunderten unbewaffneten Studenten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking am 4. Juni 1989 hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) der chinesischen Führung am Freitag vorgeworfen, systematisch die Wahrheit über das Blutbad zu unterdrücken. „Gezielt werden die Angehörigen der Ermordeten und Dissidenten, die sich um die Aufklärung des Massakers bemühen, eingeschüchert, unter Hausarrest gestellt oder verhaftet“, stellt die GfbV in einem heute veröffentlichten siebenseitigen Memorandum fest. Darin fordert die Menschenrechtsorganisation die Freilassung der noch immer inhaftierten Studentenfürher, die Bestrafung der für das Massaker Verantwortlichen sowie eine rückhaltlose Aufklärung der damaligen Ereignisse. Auch dürften die Hinterbliebenen der Opfer nicht länger schikaniert und zum Schweigen gebracht werden.

„Wenn Bundeskanzler Gerhard Schröder heute von einem „neuen China“ spricht, um eine Aufhebung des Waffenembargos der Europäischen Union (EU) zu rechtfertigen, so ist dies Augenschere“, kritisierte der GfbV-Asienreferent Ulrich Delius. „Chinas Führung verteidigt das Machtmonopol der Kommunistischen Partei mit aller Gewalt.“ Wer die Allmacht der Partei in Frage stelle, riskiere sein Leben. Weil sie sich diesem Diktat nicht gebeugt hätten, seien seit 1989 schon mehr Menschen getötet worden als damals auf dem Platz des Himmlischen Friedens. So seien allein seit Juli 1999 mindestens 960 Falun Gong-Anhänger gewaltsam in Polizeistationen, Gefängnissen und Arbeitslagern zu Tode gekommen. Brutal hätten die Behörden 1997/98 auch die Demokratiebewegung zerschlagen und Dutzende Dissidenten zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

**TERMINANKÜNDIGUNG AKTION:** Die GfbV wird am kommenden Donnerstag, dem 3. Juni 2004, zwischen 10 und 13 Uhr gemeinsam mit Anhängern der chinesischen Demokratiebewegung in Berlin vor der chinesischen Botschaft auf der Janowitzbrücke mit einer Menschenrechtsaktion der Opfer des Massakers gedenken und gegen die geplante Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China protestieren.

**ACHTUNG BILDREDAKTIONEN:** Bei der Aktion wird „der Bundeskanzler“ seinen chinesischen Partnern symbolisch Waffen aus Munitionskisten übergeben. Auch werden mehr als 100 Fotos von dem Tiananmen-Massaker ausgestellt.

Gern übersenden wir Ihnen auf Anfrage unser neues Memorandum zum Jahrestag des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens per Fax oder E-Mail (Tel. 0551 499 06-25 oder -27). Ulrich Delius ist für Rückfragen auch erreichbar unter Tel. 0160 95 67 14 03.

Society for Threatened Peoples

Association pour les Peuples Menacés

Asociación para la defensa de los pueblos amenazados

Associazione per i Popoli Minacciati

Društvo za ugrožene narode

Ассоциация по защите репрессированных народов

Uluslararası Mağdur Halkları ve Azınlıklar Koruma Organizasyonu

Rêxistina ji bo gelên bingef

الجمعية العالمية للشعوب المهددة

为面临威胁民族的组织

NGO in consultative status (Category Spec.) with the Economic and Social Council (ECOSOC) of the United Nations

PO-Box 2024  
D-37010 Göttingen

Telefon +49/551/49906-0  
Telefax +49/551/58028

e-mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

Achtung Zusendungsart:  
Bevorzugen Sie e-mails?  
Dann benachrichtigen Sie uns: [presse@gfbv.de](mailto:presse@gfbv.de)

**Diesen Text finden Sie auch auf unserer homepage (s. o.)**